

Politische Anliegen von thyssenkrupp Steel an die neue Bundesregierung

thyssenkrupp Steel Europe AG

Politische Anliegen von thyssenkrupp Steel an die neue Bundesregierung

Die neue Bundesregierung steht vor großen Herausforderungen – national und international. Daher muss schnell und konsequent gehandelt werden.

Für die Industrie kommt es jetzt darauf an, private Investitionen stärker anzureizen und gleichzeitig den eingeschlagenen und richtigen Weg der Transformation hin zur Klimaneutralität verlässlich abzusichern. Beim dafür erforderlichen Wasserstoffhochlauf stehen mit Erdgas und blauem Wasserstoff Optionen für einen pragmatischen Übergang zur Verfügung, die von der neuen Bundesregierung entsprechend anerkannt und gefördert werden sollten.

Außerdem müssen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie die Energiepreise deutlich gesenkt werden. Für die Stahlindustrie ist es aufgrund der weltweiten Überkapazitäten entscheidend, dass die bestehenden Handelsschutzinstrumente verschärft und dann konsequent angewendet werden.

Deutschland muss sich kraftvoll in Europa einbringen – beim Clean Industrial Deal, beim Steel-Action-Plan sowie beim Handelsschutz, z.B. durch European-Content-Vorgaben und einen wirksamen Carbon-Leakage-Schutz (CBAM).

Diese Maßnahmen sollten für die Stahlindustrie in einem nationalen Stahlaktionsplan innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung festgelegt und bis Ende 2025 umgesetzt werden.

1. Pragmatismus in der Energiepolitik

Die Energiepreise in Deutschland (inklusive Abgaben, Umlagen und Netzentgelte) müssen schnell auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 4-6 ct/kWh sinken. Die Netzentgelte sollten kurzfristig auf das Niveau von 2023 zurückgeführt (Finanzierung über den EKF) und langfristig durch ein Amortisationskonto stabilisiert werden.

Zudem sollte die Bundesregierung:

- in Brüssel für eine Verstärkung der Strompreiskompensation über 2030 hinaus eintreten.
- national ein Industriestrom-Pooling einführen sowie Absicherungsinstrumente für PPA- und Wasserstofflieferverträge entwickeln.
- die Förderung des Wasserstoffhochlaufs pragmatisch gestalten – inklusive eines längeren Übergangseinsatzes von Erdgas und blauem Wasserstoff und der Einführung von Absicherungsinstrumenten.

Konkret bedeutet dies:

Die Energiepreise in Deutschland müssen schnell auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. Kurzfristig sollten die Netzentgelte auf das Niveau von 2023 zurückgeführt und langfristig durch ein Amortisationskonto gedeckelt werden.

Die Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen muss über 2030 hinaus fortgesetzt werden.

Zur Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs sollten zügig Absicherungsinstrumente entlang der Lieferkette entwickelt werden, beispielsweise durch einen Doppelauktionsmechanismus über die Hintco mit staatlicher Absicherung oder über die KfW. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung in einer längeren Übergangsphase den Einsatz von Erdgas und blauem Wasserstoff als gleichwertig zulassen. Es muss darauf hingearbeitet werden, bis 2030 eine Anbindung des deutschen Kernnetzes an die H2-Netze unserer Nachbarländer sicherzustellen.

2. Kurswechsel in der Industrie- und Handelspolitik

Industrie- und Handelspolitik müssen in der nächsten Legislaturperiode zentrale Prioritäten sein. Der Arbeitsplatzabbau und die Produktionsverlagerung ins Ausland müssen gestoppt werden. Brüssel hat angekündigt, mit Initiativen wie dem Clean Industrial Deal und dem geplanten Steel Action Plan gegenzusteuern. Diese Vorhaben müssen auf nationaler Ebene ergänzt und durch konkrete Maßnahmen flankiert werden.

Anliegen an die Bundesregierung:

- Ein klares Bekenntnis zur europäischen Produktion von Grundstoffen und grünen Produkten aus Resilienz- und Klimaschutzgründen.
- Einführung von European-Content-Vorgaben bei öffentlichen Projekten, Förderprogrammen und Direktinvestitionen aus Drittstaaten.
- Schaffung von Leitmärkten für heimische, emissionsarme Grundstoffe
- Verschärfung bestehender Safeguard-Regelungen und Einführung neuer Handelsinstrumente gegen Billigimporte aus Drittstaaten mit Überkapazitäten.
- Anpassung und Nachbesserung beim CBAM-Instrument, bevor es in Kraft tritt

Konkret bedeutet dies:

Die Bundesregierung sollte eine aktive Industriepolitik durchführen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sicherstellt. Alle neuen Gesetzesvorhaben müssen sich diesem Ziel unterordnen.

Es sollte gesetzlich sichergestellt werden, dass bei öffentlichen Projekten, geförderten Vorhaben und Direktinvestitionen aus Drittstaaten ein Großteil der Wertschöpfung in der EU erfolgt. Die Bundesregierung sollte sich für entsprechende Regelungen auf EU-Ebene einsetzen. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung zügig Leitmärkte für emissionsarme Grundstoffe wie Stahl und Zement schaffen – z.B. durch öffentliche Beschaffung, Unterstützung von Brancheninitiativen und gezielte Infrastrukturinvestitionen. In Brüssel sollte sie sich bei der Entwicklung eines EU-Labels dafür einsetzen, dass das bereits eingeführte Low Emission Steel Standard (LESS) als Benchmark herangezogen wird.

Die bestehenden handelspolitischen Instrumente müssen deutlich verschärft und im maximalen Umfang genutzt werden, um den aktuellen handelspolitischen Herausforderungen begegnen zu können. Die Bundesregierung sollte sich für eine zollbasierte Nachfolgeregelung für den EU Steel Safeguard ab 2026 einsetzen.

Aufgrund zahlreicher nicht geklärter Fragestellungen bzgl. der Anwendung und Auswirkungen des CBAM-Instrumentariums muss dieses angepasst und deutlich nachgebessert werden, bevor es in Kraft tritt. Dies bedeutet z.B. für Stahl eine Erweiterung auf weiterverarbeitete stahlintensive Downstreamprodukte (z.B. Stanzprodukte) zur Vermeidung von Umgehungen.